

Bericht des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE an die 1. Tagung des 5. Parteitags

Liebe Delegierte des Bundesparteitages,

mit diesem kurzen Bericht wollen wir den Parteitag über die Arbeit des Bundesausschusses informieren.

Nach unserem Bundesparteitag in Bielefeld führte der Bundesausschuss 4 Beratungen durch, wobei sich im Februar 2016 der Bundesausschuss neu konstituierte und seine Aufgaben festlegte.

Der BA hat laut Satzung 80 stimmberechtigte Mitglieder, dazu kommen 4 Mitglieder aus der Bundestagsfraktion und 2 Mitglieder EP-Gruppe mit beratender Stimme.

Die Teilnahme der Mitglieder des Bundesausschusses stellt sich wie folgt dar:

Sitzungen des Bundesausschusses 2015/2016:

<i>Datum</i>	<i>TeilnehmerInnen</i>
27./28. Juni 2015	53
19. September 2015	45
21./22. November 2015	48
20./21. Februar 2016	55

Auf der konstituierenden Sitzung des Bundesausschusses im Februar 2016 wurde das Präsidium neu gewählt. Es besteht aus:

Barbara Borchardt	Versammlung der Zusammenschlüsse
Nicole Fritsche-Schmidt	Landesverband NRW
Alexander Kauz	Landesverband BaWü
Swen Knöchel	Landesverband S-A,
Angelika Mai	Berlin
Artur Pech	Brandenburg

Im Namen des Bundesausschusses möchten wir uns an dieser Stelle bei Birgit Klaubert (LV Thüringen), Michael Bruns (LV Nordrhein-Westfalen), Falk Neubert (Sachsen) bedanken, die sich jahrelang im Präsidium engagiert haben und 2016 nicht mehr kandidierten.

Der Bundesausschuss ist gemäß § 21 der Satzung das Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand.

Von besonderer Relevanz ist dabei die Anforderung, das Zusammenwachsen der Landesverbände in den neuen und alten Bundesländern zu fördern und zu unterstützen.

Die auf Beschluss des Bundesausschusses gebildete Arbeitsgruppe „Zusammenwachsen und Parteientwicklung“ hat im Berichtszeitraum weitere Initiativen entwickelt, um die Arbeit des Bundesausschusses in Bezug auf das Zusammenwachsen und der weiteren inhaltlichen Themen zu qualifizieren. Sie wird auch in dieser Legislaturperiode ihre Arbeit fortführen.

In seiner Sitzung im November 2015 haben sich die Mitglieder des Bundesausschusses über ihre Arbeit und die Empfehlungen an den neuen Bundesausschuss verständigt und entsprechende Beschlüsse gefasst.

Wesentliche Kernaussagen sind:

1. Die Durchführung der zweitägigen Beratung des Bundesausschusses in Berlin hat sich bewährt und sollte beibehalten werden.
2. Die Arbeit der Arbeitsgruppe „Zusammenwachsen und Parteientwicklung“ sollte fortgeführt werden.

3. Der Bundesausschuss ist seiner Aufgabe als Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand besser gerecht geworden.
4. Die gesetzten Beiträge für den Parteivorstand, eines Vertreters/ einer Vertreterin der Europäischen Linken, eines Vertreters/einer Vertreterin in der Gruppe der LINKEN im Europaparlament, sowie eines Vertreter/einer Vertreterin der Bundestagsfraktion haben sich bewährt.

Nach wie vor ist ständiger Tagesordnungspunkt des Bundesausschusses die Einschätzung durch ein Mitglied des Geschäftsführenden Parteivorstandes "Zur aktuellen Situation der Partei", der auch durch die Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstandes abgesichert wurde, insbesondere durch Katja Kipping, Bernd Riexinger, bzw. Matthias Höhn.

Darüber hinaus haben wir uns kontinuierlich mit den Fragen der Parteifinzen beschäftigt, einschließlich der Mitgliederentwicklung. Dazu informierte der Bundesschatzmeister, Thomas Nord, kontinuierlich und beantwortete die Fragen der Bundesausschussmitglieder.

Die Tagesordnungen der Bundesausschusssitzungen wurden durch das Präsidium ausgestaltet, wobei die Vorschläge der Arbeitsgruppe „Zusammenwachsen/ Parteientwicklung“ bzw. der Mitglieder des Bundesausschusses nach Beschlussfassung im Bundesausschuss berücksichtigt wurden.

So beschäftigte sich der Bundesausschuss mit Fragen wie:

- Griechenland – Eurogruppe verweigert Verlängerung der Finanzhilfe
- Solidarität mit dem Streik der Charité
- Neue Streikbewegungen fördern und unterstützen
- Willkommensstruktur stärken
- Solidarität mit der HDP
- Programmdebatte der LINKEN
- Geschäftsordnung des Bundesparteitages
- Nein zum Flugzeugträger in Rheinlands-Pfalz
- Empfehlungen für die Arbeit des Bundesausschusses
- Für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts – Beitrag zur Debatte in der LINKEN
- Finanzplanung 2016
- Arbeitsweise des Bundesausschusses“.

Entsprechende Beschlüsse wurden gefasst.

Auf einen Beschluss wollen wir an dieser Stelle besonders hinweisen.

Nach einer hitzigen, emotionalen Debatte im November 2014 zur Auseinandersetzung über den israelisch-palästinensischen Konflikt hatte der Bundesausschuss beschlossen, zur Erarbeitung einer Stellungnahme eine Arbeitsgruppe einzusetzen.

Ein entsprechender Entwurf wurde in zwei Beratungen im Bundesausschuss diskutiert und verabschiedet. Den Ersten Entwurf hatten wir zur weiteren Diskussion in die Landesverbände und Zusammenschlüsse übergeben. Die Beschlussfassung erfolgte bei wenigen Gegenstimmen bzw. Enthaltungen im November 2015. Erfreulich war an dieser Stelle, in welcher sachlichen und respektvollen Diskussion die Debatte im Bundesausschuss erfolgte. Allen war bewusst, dass wir mit diesem Thema eine schwierige Aufgabe übernommen haben, die in der Partei umstritten war. Umso erfreulicher war für Alle das Ergebnis. Zeigte es uns doch, dass es durchaus möglich ist, sich solchen umstrittenen Themen mit einer hohen Diskussionskultur zu widmen.

Durch den Bundesausschuss wurden im Berichtszeitraum 12 Beschlüsse und Erklärungen verabschiedet.

Die „Arbeitsgruppe Zusammenwachsen/ Parteientwicklung“ führte ebenfalls fünf Beratungen durch. Als Schwerpunktaufgaben hat sich die Arbeitsgruppe auf nachfolgende Themenschwerpunkte verständigt:

- Auswertung des Papiers „Verankern, Verbinden“ der Parteivorsitzenden und Erarbeitung von Aufgaben, die sich aus Sicht der Arbeitsgruppe für den Bundesausschuss ergeben
- Rechtsentwicklung in Deutschland und Europa und die sich daraus ergebenden Aufgaben
- Einschätzung der Arbeit des Bundesausschusses.

In der konstituierenden Sitzung des Bundesausschusses im Februar 2016 wurden neben der Wahl der Mitglieder des Präsidiums auch die Arbeitsweise des Bundesausschusses und die Aufgaben des Präsidiums diskutiert. Zur Arbeitsweise wurden die genannten Beschlüsse gefasst.

Wir werden kontinuierlich Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände einladen um Fragen bzw. Probleme mit bundespolitischen Dimensionen zu diskutieren.